



dbb
beamtenbund
und tarifunion
schleswig - holstein

dbb sh • Muhliusstr. 65 • 24103 Kiel

Offener Brief an

- den Ministerpräsidenten, die Finanzministerin sowie den Gesundheitsminister des Landes Schleswig-Holstein
- die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtag

Spitzenorganisation der
Fachgewerkschaften und-verbände
des öffentlichen Dienstes

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstr. 65, 24103 Kiel
Telefon: 0431.675081
Fax: 0431.675084
E-Mail: info@dbbsh.de
Internet: www.dbbsh.de

07.04.2020

Debatte um Bonuszahlungen für Pflegekräfte: **Klartext vom dbb Schleswig-Holstein**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Finanzministerin,
sehr geehrter Herr Gesundheitsminister,
sehr geehrte Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages,

nachdem aus den Reihen der Landtagsfraktion der Grünen Forderungen nach einer Bonuszahlung aus der Landeskasse für alle Pflegekräfte geäußert wurden und der dbb sh zu problematischen Aspekten dieses Vorhabens auch kritische Anmerkungen gemacht hatte, gab es Vorhaltungen, der dbb sh spreche sich gegen eine Anerkennung für die Leistungen der Pflegekräfte aus.

Das ist eine verkürzte und im Ergebnis auch unzutreffende Deutung. Gleichwohl begrüßen wir die Debatte, da sie eine gute Gelegenheit ist, zwei Politikstile gegenüberzustellen: einen sachorientierten und einen eher polemischen.

Zunächst möchten wir klarstellen, dass der dbb nicht nur Interessen der Beamtinnen und Beamten vertritt, mithin nicht auf eine „Beamten-gewerkschaft“ reduziert werden kann, wie hier einmal mehr geschehen. Ein großer Teil unserer Mitglieder gehört zu den Tarifbeschäftigten, folgerichtig ist der dbb anerkannter Tarifpartner der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes und Tarifvertragspartei zum Beispiel des TVöD und des TV-L.

In dieser Funktion und aus unseren Überzeugungen heraus machen wir uns stark für faire Einkommens- und Arbeitsbedingungen auch zugunsten der Pflegekräfte. Doch Gewerkschaften stoßen hier an ihre Grenzen, die insbesondere von der Politik selbst gezogen wurden. Das wird anhand von drei Aspekten deutlich:

1. Es existieren nur noch wenige Pflegeheime in kommunaler bzw. öffentlicher Hand, auch im Krankenhausbereich ist ein ähnlicher Trend zu verzeichnen. Mit Ausgliederungen bzw. Privatisierungen wurden und werden „erfolgreich“ Einsparungen realisiert, insbesondere auf dem Rücken der Pflegekräfte - nämlich durch eine damit verbundene Flucht aus den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes. Aus unserer Sicht muss die Pflege gemeinwohlorientiert und damit in öffentlich-

rechtlichen Strukturen organisiert werden, statt eine Gewinnorientierung in privatrechtlichen Strukturen zu ermöglichen.

2. Selbst für die im öffentlichen Dienst verbliebenen Pflegekräfte ist es ausgesprochen schwierig, die tarifvertraglichen Regelungen positiv weiterzuentwickeln. Die Arbeitgeberseite bzw. die dort häufig maßgebende Rolle der Politik be- und verhindern wichtige Schritte, ebenfalls um öffentliche Kassen zu schonen: Z.B. sind viele Abschlüsse nur mit Zustimmung der Finanzminister(innen) möglich.
3. Insgesamt ist die Finanzierung und Refinanzierung von Gesundheitsdienstleistungen sehr kompliziert und vielschichtig geregelt. Je schwieriger ein Gesamtüberblick ist, umso schwieriger ist auch eine zielgerichtete politische Steuerung. Zudem erschwert die Vielzahl der Akteure zügige Lösungen aus einem Guss.

Wir sind jederzeit bereit, an der Lösung dieser Probleme mitzuarbeiten. Wenn auch die Politik diese Bereitschaft erkennen ließe und Fehlentscheidungen der Vergangenheit endlich korrigieren würde, wäre eine beständige Wertschätzung gegenüber den Pflegekräften eine Selbstverständlichkeit.

Wenn sich die Politik stattdessen in der aktuellen Lage für eine Einmalzahlung an alle Pflegekräfte feiern lassen will, kann das jedoch nicht als Lösungsansatz vorgeschoben werden. Vielmehr muss das Vorhaben als Ablenkung von massiven Fehlentscheidungen sowie als der Versuch einer politischen Profilierung unter Ausnutzung einer Krisensituation gewertet werden.

Hinzu kommt, dass diese Einmalzahlung eine Reihe weiterer Fragen und Probleme auslöst. Hier nur einige Beispiele:

- Ist es nicht problematisch, wenn das Land Steuermittel an Personen auskehrt, zu denen es in keinem Beschäftigungs- oder Vertragsverhältnis steht und bei denen keine (soziale bzw. finanzielle) Hilfebedürftigkeit besteht?
- Wenn die Auskehrung über die Pflegekammer erfolgen soll, käme das nicht der Einsetzung eines Strohmannes gleich?
- Bringt eine pauschale Auskehrung an Beschäftigte im Pflegesektor nicht Gerechtigkeitsdefizite mit sich, weil eine unterschiedliche direkte Konfrontation mit der Pandemie gegeben sowie die tatsächliche Bezahlung sehr unterschiedlich ist, wobei es durchaus auch Pflegekräfte mit akzeptabler Bezahlung gibt?
- Sind nicht gerade jetzt weitere wichtige Berufsgruppen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes ebenfalls einer erheblichen zusätzlichen Belastung und Gesundheitsgefährdung ausgesetzt, die ebenfalls einen Bonus verdient hätten?

Neiddebatten sind fehl am Platz und werden von uns auch nicht geführt. Wir fordern stattdessen eine Debatte darüber, welche Arbeits- und Einkommensbedingungen dauerhaft notwendig sind, um unseren Staat gut funktionsfähig zu halten. Weiter ist zu diskutieren, ob entsprechende Funktionen innerhalb oder außerhalb öffentlich-rechtlicher Strukturen anzusiedeln sind.

Wir würden uns freuen, hierzu zu gegebener Zeit ins Gespräch zu kommen.

Zunächst wünschen wir gutes Gelingen, unser Land in diesen herausfordernden Zeiten gut durch die Krise zu navigieren. Selbstverständlich können Sie sich bei Bedarf auf unsere Unterstützung verlassen!

Mit freundlichen Grüßen



Kai Tellkamp
Landesbundvorsitzender